

Hannes Androsch
Die Zukunft Europas in der Welt von morgen
Vortrag aus Anlass der Jahrestagung der Hochschule für Politik in München

Carl Friedrich von Siemens Stiftung, München 10.03.2011
(Transkript der frei gehaltenen Rede)

Herr Rektor, danke, einmal für die Einladung und zum anderen für Ihre freundliche Einleitung. Es geht mir nicht so wie meinem – wenn Ihr Vergleich oder Ihr Hinweis zutreffend wäre – Ziehvater, das war er nie. Denn ich habe mit beigetragen, dass er Parteivorsitzender wurde '67. Das war in Wien und das ist der wichtigste Teil der Sozialdemokratischen Partei, nicht der selbstverständlichste. Mag sein, dass er das gerne so gesehen hätte, meine Wahrnehmung war's nicht und der Rest ist Geschichte. Vor wenigen Tagen oder Wochen haben wir uns durchaus zu Recht, vielleicht etwas glorifizierend an seinen 100. Geburtstag erinnert. Keine Frage, dass er ein bedeutender Staatsmann der Zweiten Republik war und dass er uns die Gelegenheit gegeben hatte, daran mitzuwirken, das verpflichtet zu Dankbarkeit und war natürlich für einen jungen Menschen – damals überhaupt – eine spannende Zeit.

Lieber Professor Mahr, lieber Freund aus politischen Zeiten, wir werden beim Abendessen dann anschließend noch ein bisschen mehr plaudern können. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Anwesenheit, womit Sie das Interesse an einem solchen Thema kundtun.

Die vorbereitete Vorlesung werde ich nicht halten.

Möchte ein paar Gedanken mit Ihnen austauschen. Und der Grund ist ganz einfach der, dass man sich gar nicht demütig und besorgt der jüngsten Ereignisse entziehen kann. Die kommunikatorischen Möglichkeiten lassen einen heute unmittelbar daran – in dem Fall erschreckend – teilnehmen. Und das ist nicht nur ein Unglücksfall, sondern eine ganze Kette von Unglücksfällen, und das in kurzer Zeit, nachdem ganz andere Naturkatastrophen – ob jetzt im Golf von Mexiko oder in Australien mehrfach oder in Neuseeland – wahrgenommen werden mussten. Und mehr oder weniger zeitgleich wir etwas erlebt haben, was allen Einschätzungen und Voraussetzungen und Beurteilungen vom Clash of Zivilisation und was wir da alles gehört und gelesen haben, auch wahrzunehmen war. Und wir stehen in Wahrheit hilflos – peinlich hilflos vor diesen Ereignisse, vor allem in Libyen, wo man noch dazu im Windschatten der Tragödie in Japan gewähren lässt, dass ein Wahnwitziger da seine eigenen Leute zu Tode bombt. Also Ausdruck für die Höherwertigkeit irgendwelcher westlicher Werte wird man das beim besten Willen nicht nennen können. In Wahrheit muss man sich dafür genieren – bei aller Berücksichtigung, dass es leicht ist, in einer Diskussion oder von einem Rednerpult zu sagen, was getan werden müsste. Oder es auch zu tun. Wenn man sich an die raschen Reaktionen in Afghanistan vor knapp zehn Jahren erinnert oder an die reichlich überflüssigen und kontraproduktiven im Irak.

Nun, dennoch – bei all dieser demütig-besorgten Einschätzung und Einstellung – müssen wir uns – durchaus mit dem Verständnis, dass der „schwarze Schwan“ nicht ein zufälliges Einzelereignis nur ist, wie es beschrieben wurde, sondern neuerdings doch sich zu Schwärmen verdichtet hat – Gedanken machen: Wo stehen wir denn eigentlich nach welcher kurz-, mittel-, längerfristigen Entwicklung, und wo wollen wir hin, welche Schlussfolgerungen müssen wir daraus ziehen und was müssen wir tun unter eben bescheidenen Einschätzungen und weniger hybris zu glauben, dass wir alles präzise und auf den Punkt beeinflussen und gestalten können?

Es sind neuerdings – wie früher auch schon, aber neuerdings in einer beachtlichen Dichte – viele bedeutende und fundierte Werke der letzten Zeit publiziert worden, die nachzuzeichnen versuchen, wie so in den letzten 500 Jahren der Westen in einem engeren Sinn, in einem weiteren, in einem sehr weiten Sinn – wie etwa das Buch „Warum der Westen regiert“ – in diese Position gelangt ist. Interessant zu lesen. Ob man mit allem einverstanden ist, ist subjektiv und eine individuelle Angelegenheit. Aber Tatsache ist, dass im Westen die längere Zeit dieser 500 Jahre zunächst Europa eine dominante Rolle gespielt hat, was vom Ende des Römischen Reiches bis zum Ende des Mittelalters durchaus nicht in dieser Form gegeben war. Im letzten Jahrhundert – also es wurde ja wohl zu Recht als das amerikanische Jahrhundert bezeichnet – hat sich das über den Atlantik verschoben. Tatsache aber in der Zwischenzeit ist aus vielen Gründen, dass die Strukturen und die Bezugs- und Machtverhältnisse begonnen haben, sich zu verschieben. Und dass jene, die sagen, der Aufstieg der anderen oder die neue asiatische Hemisphäre, in ihrer Einschätzung und Beurteilung so ganz falsch nicht liegen können. Auch wenn man einräumt, dass das vielleicht nur eine Rückkehr zu schon früher gegebenen Einflussverhältnissen und Machtverhältnissen darstellt. Jedenfalls erleben wir und sind Zeuge einer oder mehrerer tektonischen Verschiebungen.

Wenn wir im 19. Jahrhundert – das der berühmte Historiker Eric Hobsbawm „das lange 19. Jahrhundert“ genannt hat und umrissen hat von der Französischen Revolution bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges – und wenn wir von diesem die Zeit nach Napoleon bis zum Ersten Weltkrieg nehmen, war das vergleichsweise gegenüber den vorangegangenen 300 Jahren in Europa und den erst recht nachfolgenden 50 blutigen Jahren der Selbstverstümmelung ein relativ friedliches Jahrhundert.

Nun, das hat sich also geändert, das ist Geschichte. Die Älteren unter uns haben das als Kinder vielleicht noch mitbekommen, für die Jüngeren ist das Geschichte. Aber stattgefunden hat es allemal.

Nach dem Krieg ist es Europa dennoch trotz allem Bedeutungsschwund und -verlust gelungen, eine beachtliche Erholung zustande zu bringen, nicht zuletzt durch die Unterstützung und vor allem durch den Schutz und überwölbt vom Kalten Krieg zustande zu bringen, mit dem Ergebnis, wie das Egon Bahr – wie ich meine zutreffend – charakterisiert hat: Europa ist ökonomisch ein Riese geworden. Wenn man die Wirtschaftsleistung aller 27 EU-Staaten zusammennimmt, dann ist es die größte Wirtschaftsleistung eines mehr oder weniger einheitlichen Gebildes, einer Region. Aber gleichzeitig, so meinte Egon Bar, ist es politisch ein Zwerg. Das haben wir von der Klimakonferenz im Dezember '09 bis jetzt zu der Hilflosigkeit gegenüber Nordafrika und zuvor schon größerer Mittlerer Osten oder Naher Osten oder Konflikt Israel-Palästina – ungelöst wie er denn ist über die letzten Jahrzehnte – miterlebt. Unbefriedigenderweise. Aber noch mehr gilt das Dritte, was Egon Bahr gemeint hat: dass Europa militärisch ein Wurm ist.

Nun kann man sagen, in Europa herrscht dank dieser Umstände seit '45 Frieden. Und so hatten wir die letzten Jahrzehnte einen Weg in Frieden und Freiheit, sofern wir westlich des Eisernen Vorhangs und später der Berliner Mauer waren. Und inzwischen auch ist dies östlich der Fall. Also wozu brauchen wir irgendwelche militärischen Kapazitäten und Möglichkeiten?

Nun zeigt aber genau das, was in Nordafrika und was insbesondere zur Stunde – wenn Sie so wollen – in Libyen stattfindet, dass es eben ganz so einfach nicht ist. Und da muss man sich schon klar sein: wenn die Amerikaner mit Mexiko ein Problem haben und wenn Henry Kissinger mir sagt: Ist dir schon klar, die Ukraine ist für Russland das, was für uns Mexiko ist? Wenn das beides zutrifft, dann ist aber Nordafrika und ist der Nahe Osten und ist die Türkei unser Mexiko. Oder wenn Sie wollen, unsere Ukraine. Und besonders seltsam wird die Geschichte im Falle der Türkei. Ist nun Istanbul eine asiatische Stadt, meine Damen und Herren, oder ist es eine europäische? Wenn's keine europäische ist, möge man erklären, wieso es gerade vergangenes Jahr zusammen mit Essen europäische Kulturhauptstadt war. Und in Istanbul leben ein Fünftel der Einwohner der Türkei, einem erstaunlich aufstrebenden Land – in vieler Hinsicht, sicherlich ökonomisch und erst recht durch sein Potenzial. Und vor mehr als 40 Jahren haben wir ihnen schon versprochen, dass wir sie in unseren Klub aufnehmen, den wir in weiterer Folge trotz Erweiterung gemeint haben oder viele noch immer meinen, das können wir zu einer Festung machen, in der bestimmte Kirchengebäude durchaus erlaubt sind – Halbinsel der Kathedralen, wenn Sie so wollen, oder der barocken Kirchen nach dem Dreißigjährigen Krieg entstanden. Aber dass wir schon Probleme haben mit griechisch-orthodoxen Zwiebeltürmen und ganz zu schweigen von Minaretten. Das mag vordergründig verständlich sein – weitsichtig oder strategisch ausgerichtet ist das meiner Einschätzung nach nicht. Aber ich weiß schon, da gehöre ich zu einer verschwindenden Minderheit oder – wenn Sie wollen – zu einer verrückten Sekte, aber einer bekennenden wenigstens, die halt versucht, ein länger ausgerichtete Perspektive, gegründet auf lang zurückreichenden tiefen historischen Elementen und Boden, zu finden.

Nun, angesichts der Ereignisse – zufällige Ereignisse – und der sich daraus aufzwingenden demütigen Zurückhaltung zu meinen, wir können ohnehin alles voraussagen und dementsprechend hinterm Komma steuern, ist es doch notwendig, ein paar Probleme anzuschneiden oder sich bewusst zu machen und vielleicht aus diesen Problemen gewisse Trends abzuleiten, im vollen Wissen und Verständnis, dass dennoch die Zukunft ungewiss bleiben wird, wie uns die jüngsten Ereignisse mit aller brutalen Deutlichkeit lehren.

Und zu diesen gehört, dass der Westen im engeren Sinn einen relativen Bedeutungsschwund akzeptieren muss. Und es ist kein Zufall, dass der gegenwärtige Präsident – im nächsten Jahr noch – der Volksrepublik China, Hu Jintao, sich von der Universität in Peking eine Studie machen hat lassen über Aufstieg und Abstieg europäischer Mächte über das letzte halbe Jahrtausend. Und daraus ist in der Folge eine weit ausgelegte Fernsehserie des staatlichen Fernsehens entstanden. War nicht leicht, davon eine mit englischen Untertiteln versehene Kopie zu bekommen. Aber wert, sie sich

anzuschauen, wenn es einem gelingt. Und da deklinieren die von Portugal über Spanien und den Niederlanden zu Frankreich, England bis Deutschland – also ich weiß jetzt nicht, ob das zaristische Russland auch enthalten ist – diese Entwicklung wieder oder zeichnen sie nach, um für sich entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Also Tatsache ist, dass es solche Verschiebungen gegeben hat und dass wir mit solchen konfrontiert sind. Das begann mit dem industriellen Aufstieg der Vereinigten Staaten nach dem Bürgerkrieg, das begann in weiterer Folge durch den industriellen Aufstieg durch das zweite Reich, durch das Bismarck-Reich ab 1871, und etwas zeitverschoben auch mit der Entwicklung in Japan. Und mit dem Ersten Weltkrieg und erst recht mit dem Zweiten ist ein massiver Bedeutungsschwund Europas eingetreten und er wird sich fortsetzen. Wenn nämlich 1900 noch 20 Prozent der Weltbevölkerung europäisch war, sind wir jetzt über knapp 10 Prozent, und Mitte des Jahrhunderts werden es 7 Prozent sein und Ende des Jahrhunderts werden es 4 Prozent der Weltbevölkerung sein. Allein vom demografischen Gewicht ergeben sich da massive Unterschiede. Und da ist nicht nur entscheidend, wie groß dann die Wirtschaftsleistung eines Landes ist, sondern wie groß ist das Ergebnis für den Einzelnen. Und wenn man in den 80er-Jahren gesagt hat, die Japaner werden die Nummer eins werden, dann hätten sie das doppelte Einkommen oder die Wirtschaftsleistung pro Kopf Amerikas erreichen müssen. Wenn aber die Chinesen nur ein Viertel dieser zustande bringen, dann sind sie 2025/30 oder wann immer in diesem Zeitraum, wenn nicht einige schwarze Schwäne auftreten – und das ist auch in China nicht auszuschließen mit all den Problemen, die es dort gibt – die Nummer eins. Also diese Verschiebungen, mit denen sind wir konfrontiert und dessen sind sich inzwischen sehr deutlich und auf hohem Niveau wahrgenommen auch die Vereinigten Staaten bewusst. Was nicht heißt, dass sie nicht noch sehr lange in vieler Hinsicht – militärisch sowieso, und weil eine jüngere Gesellschaft mit einer wachsenden Bevölkerung und mit einer hohen Innovationskraft, angesichts der Tatsache, dass sie die meisten der besten Universitäten und Forschungsinstitute haben – eine riesige Bedeutung haben. Aber die, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit und dann im militärisch-nuklearen Gleichgewicht mit dem Sowjetimperium hatten und die sie nach dem Ende des Kalten Krieges für einige Zeit als unilaterale Hypermacht hatten, also die ist sicherlich vorbei.

Und weil ich gerade erwähnt habe den Fall der Mauer oder das Zerschneiden – etwas früher schon – des Eisernen Vorhangs an der österreichisch-ungarischen Grenze – gilt dafür, für dieses Ereignis, so wie zum Beispiel den Umsturz '79 im Iran oder 9/11 oder 9/15 Lehman-Desaster und jetzt Jasmin-Revolution im arabischen Raum von 350 Millionen Bewohnern, dass wir alles dieses aber nicht nur soviel vorausgesehen haben.

Wenn Sie sich Jahrbücher hochwertigster Thinktanks über das vorige Jahr kommen lassen, die jetzt gerade erschienen sind, kommt Ägypten und Libyen als Problem überhaupt nicht einmal im Index namentlich vor. So rasch können sich die Dinge ändern.

Und so stellt sich die Frage, neben allen technologischen Entwicklungen, auch allen demografischen Entwicklungen – also dass wir stagnierende Bevölkerungszahlen, die Prozenthinweise haben das ja schon deutlich gemacht, in Europa haben, während etwa der afrikanische Kontinent in den nächsten Jahrzehnten sich einwohnermäßig verdoppeln wird – was kann und soll mit diesem Europa geschehen? Nun, ohne Zweifel, ich habe schon darauf hingewiesen, haben wir ökonomisch nach dem Krieg eine erstaunliche Wiedergeburt unter den Umständen und den Unterstützungen und dem Schutz, den wir dabei hatten, gefunden. Und die europäische Integration ist ohne Zweifel ein Erfolg, und das ist auch entgegen der Meinung vieler die Tatsache, dass wir uns eine gemeinsame Währung – mit allen Problemen, die wir jetzt haben, ohne genau zu sagen, immer worin die Probleme bestehen, das sind ja nicht nur Probleme von Griechenland und Probleme, das sind ja vielleicht auch die Probleme, die wir nicht zugeben, aber versuchen, von der Bande – im Billard-Jargon gesprochen – zu lösen, die Probleme der Banken in Frankreich, vor allem Deutschland, aber durchaus auch in Österreich oder den Niederlanden. Weil ob jetzt die Euro-Zone zerfällt oder ob wir einen Haircut machen – was immer – was machen wir dann mit den Banken in den genannten Ländern, die nicht gesund sind? Und das ist noch lange nicht gelöst. Und da kann man höchstens streiten, von wie vielen hundert Milliarden Euro wir da sprechen müssen.

Also wie sich Europa unter diesen Umständen aufstellen kann und aufstellen muss, wenn es nicht sich selbst durch die Entwicklung marginalisieren lässt. Und dazu kommen alle technologischen Entwicklungen. Also wir sind noch mitten im fünften Kondratjew-Zyklus – manche sagen, es ist der siebte – aber jedenfalls haben wir den noch nicht einmal hinter uns, steht irgendein nächster schon vor uns. Und davon wird aber auch abhängen, ob wir die global anstehenden Probleme lösen können, ganz zu schweigen von den spezifischen, die sich nicht zuletzt in Europa in unseren Ländern und mit

allen Auswirkungen auch für die Staatsfinanzen bei uns ergeben haben und noch mit größerer Deutlichkeit in den nächsten Jahren ergeben werden.

Schlussfolgerung daraus – um die lange Geschichte, die man unendlich ausbreiten könnte, kurz zu machen: Wir brauchen nicht weniger Europa, sondern wir brauchen mehr Europa, aber von der richtigen Weise. Mit Re-Nationalisierung, mit chauvinistischen Ressentiments, mit Fremdenfeindlichkeit und Rechtspopulismus und „Festung Europa“ werden wir die Probleme – Klimaveränderung, Umwelt, Nahrungsmittel, Wasser, Rohstoffe, Energie – mit Sicherheit nicht lösen können. Wahrscheinlich werden viele von Ihnen in der Diagnose derselben Meinung sein und genauso ratlos, wie man das unter obwaltenden politischen Strukturen auch umsetzen kann. Letzteres ist nicht wahnsinnig ermutigend.

Lassen Sie mich zu einer letzten Überlegung kommen, die uns unmittelbar betrifft. Denn die Hausaufgaben muss man zu Hause machen und nicht sagen, was die anderen alles zu tun hätten und was die Chinesen und was die Brasilianer und was die Amerikaner und wer immer alles tun müsste. Nun haben wir ohne Zweifel das unglaubliche Glück, in unserer Region – womit ich meine einmal weg von den nationalstaatlichen Grenzen, nur zufällig sind sie in einigen Fällen deckungsgleich, in Bayern, in Baden-Württemberg, in der Schweiz, Südtirol, würde Slowenien dazunehmen und auch mein Heimatland – dass wir eine Region sind mit etwa 40 Millionen Einwohnern. Also verschwindend gering, das ist nicht einmal eine halbe Provinz oder ein halber Staat in China oder Indien. Wir in einer besonders beneidenswerten Situation im Grunde in jeder Hinsicht uns bewegen. Die Frage ist: Wie weit können wir das besser noch nutzen, als das der Fall ist? Und wie weit können wir auf diese Weise – würde eine andere Region sicherlich auch, Skandinavien oder auch die Benelux-Staaten als Beispiel zu nennen – aber wie können wir das nutzen, um einer Fortsetzung der europäischen Integration Rückhalt, Widerlager zu liefern. Und mit der reinen Ich-Bezogenheit auf die einzelnen Teile ist das sicherlich nicht zu erreichen. Aber das wäre jedenfalls ein Ziel, um einen Beitrag zu leisten für ein Europa, das nicht Zaungast ist, das nicht am Spielrand steht, sondern auf der weltwirtschaftlichen wie auf der weltpolitischen Bühne Mitspieler, konstruktiver sinnvoller Mitspieler ist – mit Stärken, die wir haben, und mit der Lehre, die wir aus schrecklichen Erfahrungen hoffentlich gezogen haben.

Nun, mit diesem Verständnis zu meinem eigenen Land:

Österreich geht das, meine Damen und Herren, gar nicht schlecht, und es wäre vermessen, das in der Reihe der genannten Nachbarstaaten zu erwähnen. Es geht uns aber nicht so gut, wie es sein könnte. Es gibt so etwas wie ein österreichisches Paradox oder einige Paradoxien. Wenn man sich die unzähligen ökonomischen Rankings, die es da heute gibt, ansieht, schaffen wir es bestenfalls ins Mittelfeld oder in den schlechteren Teil des Mittelfelds. Wenn man sich das Ergebnis ansieht an Wirtschaftsleistung und Pro-Kopf-Einkommen und an Lebensqualität, dann schneiden wir sehr viel besser ab. Also es gibt da irgendein schwarzes Loch, das in Rankings nicht geklärt wird. Ohnehin besser so, als wenn es umgekehrt wäre. Aber wahrscheinlich ist die eine Erklärung, die mehr ironische, dass nicht alles bei uns erfasst wird – und das Wort „grundsätzlich“ zwar im gesamten deutschen Sprachraum vorkommt, aber nicht überall die gleiche Bedeutung hat. Also es gibt Teile im deutschen Sprachraum, da heißt „grundsätzlich“, „es ist aus“ – da können wir nicht mehr reden, es ist Ende. Wenn man bei uns „grundsätzlich“ sagt, dann fangt's erst an, einen Weg zu suchen, und gelegentlich oder vielleicht öfters auch zu finden. Das mag eine Erklärung sein. Vielleicht ist der Grund auch, dass wir einen größeren Grauzonenbereich haben, der vielleicht nicht so wahnsinnig fiskal wirksam ist, aber doch Wirtschaftsleistung generiert und indirekt auch Steuereinnahmen damit verbunden sind. Auch das ist durchaus möglich.

Und das andere Problem, das wir haben und das zu den Paradoxien gehört, dass wir durchaus einen kreativen, engagierten, committeden, wettbewerbsfähigen Bereich haben im Wettbewerbssektor, im ungeschützten Bereich, aber leider auch im Gegenteil einen besonders großen und verkrusteten im geschützten Bereich des öffentlichen Sektors. Und das sage ich bei aller engagierten Tätigkeit auch in diesem Bereich vor einiger Zeit, und muss leider zu meinem Bedauern feststellen, dass sich da manches, um nicht zu sagen vieles deutlich verschlechtert hat. Und man schon nicht mehr weiß, wie man in diesen Stillstand, in diesen Reformstau Bewegung hineinbringt.

Wir versuchen das jetzt für einen, vielleicht den wichtigsten – jedenfalls für die Zukunft – Bereich, für die Bildung mit einem Volksbegehren zu erreichen. Nicht dass ein Volksbegehren von der Rechtsgrundlage schon eine Wunderwaffe wäre, sofern es solche je gegeben haben sollte – gewünscht vielleicht, aber gegeben nicht. Um diese Blockaden, die wir da haben, aufzulösen. Und diese Blockaden ergeben sich aus einem politischen Machtparallelogramm auch innerhalb der einzelnen Parteien, also nicht nur zwischen den Parteien oder zwischen anderen politischen

Gruppierungen wie den Sozialpartnern, sondern selbst innerhalb der eigenen Parteien. Und das ist natürlich eine höchst unbefriedigende Situation. Und der verzweifelte Versuch – wenn Sie so wollen – ist es, mit einer solchen Initiative hoffentlich eine gewisse Bewegung in diesen Stillstand hineinzubringen. Und ich stehe gern zu Detailantworten zur Verfügung, aber ich will Sie nicht langweilen mit der Aufzählung dieser Details von mir aus. Eines ist dabei ganz gewiss, so wie das Erich Fried gemeint hat: „Wenn man will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, dann will man, dass sie nicht bleibt.“

Also für unser Land lässt sich das perfekt anwenden. Und ein letztes Zitat, von Hegel: „Die Wahrheit einer Absicht ist die Tat.“ Und ob das für uns in Österreich gilt, oder ob das für die Weiterführung der europäischen Integration ist – in jedem Fall brauchen wir angesichts der sich anhäufenden Probleme sehr viel mehr Taten.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Vizekanzler, ich bedanke mich im Namen der Hochschule, auch des Auditoriums für diese Weltsicht, die schon große Reife, denke ich mal, erfordert, auch aus der Warte eines neutralen Landes wieder anders gegeben wird als in der Bundesrepublik, die im Ost-West-Gegensatz ja immer in Konflikten beheimatet war.

Es ist auch interessant, dass hier Österreich in diesem Saal ja immer repräsentiert ist durch diesen Teppich von Oskar Kokoschka, aber Redner hatten wir noch selten. Ich bedanke mich, dass Sie gekommen sind. Und ich denke, dass eine Reihe von Fragen auch im Auditorium vorhanden sind. Würden Sie bereit sein, sie zu beantworten? Darf ich einmal fragen, wer an unseren Redner eine Frage richten möchte? Sonst würd's ich nämlich gleich mal machen.

Sie haben ja doch den Weg Europas in eine geringere Bedeutungssphäre nachgezogen, als das etwa im 19. Jahrhundert, auch zu Beginn des 20., noch der Fall war. Aber gleichzeitig, denke ich, ist Europa friedlicher geworden – nach dem Zwischenspiel des Zweiten Weltkriegs, es gab seit '45 keine Kriege mehr. Ist das eine Korrelation? Je weniger Bedeutung, um so mehr Frieden? Kann man das auch so sehen? Ist etwa ein Erdteil wie Südamerika, in dem es ja niemals Kriege gegeben hat mit Ausnahme eines einzigen, über den wir eigentlich eher lächeln, hier Vorbild für ein Zeitalter, das uns möglicherweise – jedenfalls in diesem Bereich – mehr Ruhe beschert als bisher? Die anderen Probleme, die jetzt kommen mit den Katastrophen, mit dem Nahrungsmittelproblem, mit der Migration – das ist natürlich eine andere Frage wieder. Aber eben – sehen Sie auch so eine Korrelation, wie ich sie jetzt mir gerade gedacht habe? Oder ist das eher Zufall?

Dr. Hannes Androsch: Naja, das ist mir in dem Fall zu korreliert, weil wir dürfen nicht übersehen, dass wir diese Entwicklung sozusagen unter dem Schutzschirm der Vereinigten Staaten gemacht haben. Und das gilt besonders für mein Land. Man kann keinen Besuch in Washington bei einer ministeriellen Dienststelle machen, ohne mehr oder weniger – in der Zwischenzeit eher mehr – darauf hingewiesen zu werden, dass man sicherheitspolitisch ein Trittbrettfahrer war. Und das kann man nicht bestreiten.

Und was wir nicht getan haben und was man jetzt mit unserem Bundesheer aufführt, das bestätigt diese kritische Beobachtung aus Washington, möglicherweise auch von anderswo, aber von dort kenne ich's seit vielen Jahren. Jetzt muss man nicht unbedingt die Meinung vertreten, jedes Land hat in jedem Fall eine Armee, entweder die eigene oder eine andere. Also das mag sich ja schon vor '89 im westlichen Teil Europas geändert haben und zwischenzeitlich auch über diese Grenze des Eisernen Vorhanges hinaus. Aber auf der anderen Seite leben wir eben aus vielen Gründen im Global Village. Und daher gilt der Hinweis mit Nordafrika und mit dem Nahen Osten und mit der Türkei als unser Mexiko, weil die Flüchtlinge von Nordafrika kommen nicht nach Texas oder New Mexico oder wo immer hin. Also ob wir uns da das nicht allzu leicht machen.

Wir machen's uns auch zu leicht mit einer der größten Errungenschaften, wie das noch Dahrendorf deutlich gemacht hat, nämlich der des Wohlfahrtsstaates, der schon seine Wurzeln bei Bismarck hat es und wenige Jahre später – wenn auch nicht mit gleicher Intensität – in der österreichisch-ungarischen Monarchie Ansätze gegeben hat. Aber wenn man einen Esel überladet, dann bricht ihm ein Strohhalm das Kreuz. Also eines der Probleme, warum unsere Staatsfinanzen mehr oder weniger in so einer Schieflage sind, ist in einer Überdehnung in diesem Bereich zu suchen. Und wir sind ja geradezu Weltmeister bei Frühpensionierungen und rühmen uns, dass wir eine so geringe Arbeitslosigkeit haben. Ja, wenn ich aber zwei Drittel wenigstens der Frühpensionierungen

dazurechne, dann sind wir österreichischer Schnitt. Und das war's dann auch schon. Und gleichzeitig aber brauchen wir immer mehr Gastarbeiter und haben dann mit Teilen davon – ein Pauschalurteil wäre nun vollkommen falsch, natürlich gibt's mit ostanatolischen Gastarbeitern, wo wir zugelassen haben, dass der ganze – nicht die Familie, die Frau und die Kinder, sondern der ganze Clan nachkommen konnte und die sozusagen in bestimmten Wiener Bezirksteilen ostanatolische Oasen bilden. Da gibt's Integrationsprobleme, das ist nicht zu übersehen. Da waren wir schlicht und ergreifend naiv. Also diejenigen, die wir in den 60er-Jahren mit Blumen dankend empfangen haben, dass sie zu uns arbeiten kommen – das hat sich also ins Gegenteil gekehrt.

Oder wenn wir im 56er-Jahr in wenigen Tagen oder jedenfalls Wochen – obwohl wir genaugenommen auch nichts gehabt haben – 200.000 Ungarn aufgenommen haben und das Wenige, das wir gehabt haben, geteilt haben. Und das war nach dem Ende des Prager Frühlings im August '68 ähnlich. Und jetzt werden wir mit 24.000 Asylanten aus Bosnien oder dem Kosovo – also im Wesentlichen vom Balkan – nicht fertig. Dann ist das einfach eine Schande. Und zu glauben, dass man damit dem Rechtspopulismus Wasser abgräbt, das ist nicht einmal eine Kabarettnummer, das ist schlicht und ergreifend ein Unsinn.

Also gibt's viele Dinge – und andere auch. Wir haben in Österreich eine doppelt so hohe Subventionsquote wie der EU-Schnitt oder wie ihr in Deutschland. Und wir haben zu viel Bürokratie auf 100 Ebenen – ich will Sie damit nicht langweilen – und wir haben zu viel Spitäler und wir haben doppelt so viele Akutbetten ohne evidence based medicine und in entsprechend nicht garantierter Qualität und Ähnliches mehr, was uns in einer Größenordnung, wenn ich alles zusammenrechne, 30 Milliarden kostet – an unsinnigen Ausgaben. 30 Milliarden, das sind 10 Prozent unseres Sozialproduktes.

Alles können wir sanieren und für die Zukunftsaufgaben großzügig Mittel zur Verfügung stellen. Wir sind sogar so schildbürgerhaft – ihr habt's einen Konsolidierungspfad eingeschlagen, aber ihr habt's nicht die Bildung-Forschung-Innovation gekürzt, sondern ganz im Gegenteil, bis zum Jahre '15 elf Milliarden dazugelegt. Das hieße – weil da immer 1:10 der Schlüssel ist – 1,1 Milliarden in unserem Fall. Haben wir natürlich. Und ein Jahr späterer Pensionsantritt – und der ist bei uns im Durchschnitt 58 – macht 1,7 Milliarden aus. Also die Gegenfinanzierung ist schon überdeckt aus dem einen Fall. Oder wir haben eine Hackler-Regelung gemacht, wo wir Angestellte und Beamte zum Teil in die Frühpension zwingen. Kostet auch 1,6 – wären schon 3,3 Milliarden. Also bei solchen Diskussionen bei mir zu Hause über die Gegenfinanzierung braucht sich niemand melden – tut es auch nicht, weil so viel Erinnerung an die Zeit in der Himmelpfortgasse – das ist die Straße, wo das Winterpalais des Prinzen Eugen steht, und das war der Sitz des Finanzministeriums. Jetzt wird's renoviert und das Finanzministerium ist – und das hätte dem Nestroy nicht einfallen können – in die Hintere Zollamtsstraße übersiedelt. Das ist schon ein biblischer Scherz, würde ich glauben. Unfreiwillig, weil die besten Witze sind ja ohnehin die, die unfreiwillig sind.

Also das waren jetzt ein paar so Beispiele, wo ich Ihnen deutlich machen wollte, wo man unschwer – wenn man zur Tat bereit wäre zu schreiten, dazu braucht man weder Übermut, aber auch nicht Demut, sondern schlicht und ergreifend Mut – mit wenigen Dingen sehr viel zum Besseren für die Zukunft verändern könnte.

Herr Vizekanzler Androsch, als ehemaliger Finanzminister haben Sie sicher eine ad 1) dezidierte Meinung zur weiteren Zukunft des Euro und ad 2) eine dezidierte Meinung zum weiteren Vorgehen gegen die momentanen Schuldnerstaaten?

Dr. Hannes Androsch: Ja, Schuldnerstaaten sind wir alle. Und schwindeln dabei noch, dass die Bretter sich biegen. Was eine Zeit lang geht, aber irgendwann „the chicken will come home to roost“ – also wir sind gerade in der Phase. Jetzt hat man vor zehn Jahren ausgegliedert und kommt die Eurostat drauf, dass das ja vielleicht nur „the cook in the books“ war. Und jetzt werden sie uns zu rechnen beginnen und jetzt können wir höchstens zittern, ob sich nur von 70 auf 80 oder 90 oder darüber des Sozialprodukts ergibt. Aber an der Sache ändert das nichts, nur an der Optik, weil das war vorher auch schon klar. Wenn man nämlich Schulden an Schatteninstitutionen der öffentlichen Hand auslagert, von denen man weiß, dass sie diese Schulden mit Garantie des Prinzipals und auch Bezahlung und Bedienung durch denselben ausgelagert hat – dass das auf gut Wienerisch gesagt ein Schmäh ist. In der Situation sind wir jetzt.

Und das Problem haben alle europäischen Staaten – zugegeben, die einen mehr und anderen weniger. Manche sind früher in der Situation gewesen und haben sie schon korrigiert, dazu gehören die skandinavischen Staaten, aber zum Teil auch die Niederlande, ganz sicher die Schweiz. Und andere haben's munter getrieben. Aber zum Schutz der Griechen möchte ich sagen: Es kann ja niemand sagen, dass er das nicht gewusst hat. Weil wenn es einen Schuldner gibt, muss es auch einen Gläubiger geben. Und die Gläubiger waren jene Banken in jenen Ländern, die ich so demonstrativ genannt habe. Und daher ist die Rettung der Länder – noch dazu mit Auflagen, die die nie erfüllen können, wo man das System politisch gefährdet – irrwitzig. Weil man nicht zugeben will, dass die Landesbank oder jene österreichische Wer-immer-Bank oder jene französische, sonst in Schiefelage geriete. Aber es ist angenehmer zu sagen, wir müssen wegen des Euros über Griechenland reden. In Wahrheit will man nur verhindern, dass die Bayrische oder – da sind wir ja im Herzen verbunden zur Hypo Alpe Adria – war ja auch jahrelang bekannt und man hat sich an den Kopf gegriffen, wie das alles möglich ist. Es ist ja nicht so, dass man es nicht erkennen hat können von außen. Nur die von innen haben's nicht erkennen wollen, und die Aufsichtsbehörden auch nicht. Verzeihen Sie, aber das muss ich sagen. Und wenn wir dann von den Stresstestern noch hören, dass die auch eine nächste Krise – nachdem sie die letzte schon nicht überstanden haben und die Folgen – überstehen würden, da weiß man nicht, soll man lachen oder einen Schreikampf bekommen.

Nun zum Euro. Professor Hangl, der Ihnen sicherlich etwas sagt, ist ein langjähriger Freund von mir und hat mich seinerzeit sehr hilfreich in den 70er-Jahren bei dem Ziel, eine so genannte Hartpolitik – also eine Anbindung an die Ankerwährung D-Mark – durchzusetzen, was heiß umwoben und umstritten war in meinem Land. Das war ja mit ein ewiger und mit entsprechendem Ausgang Streitpunkt mit dem Regierungschef unter anderem. Bin ich nicht seiner Meinung. Weil dann hätte man die Wiedervereinigung auch nicht machen dürfen. Ich habe gerade sein neuestes Buch übers Wochenende gelesen. Und mit allem Wissen und aller Bildung und allem Witz, die ihn auszeichnen, würde das auf die Wiedervereinigung mit 1:1 Umtauschverhältnis erst recht gegolten haben. Also das war eine Transferunion. Natürlich ist die europäische Gemeinschaft bis zu einem gewissen Grad eine Transferunion. Und besonders ärgerlich ist es dann noch, wenn man ohnehin schon weiß, nachdem die es von sich aus öffentlich gemacht haben – die Griechen nämlich – dass man ihnen noch immer U-Boote liefert aus Deutschland und Kampfflugzeuge aus Frankreich, damit die Schuld noch höher ist. Also ich meine ... was soll man da sagen? Zynismus? Und da treffen sie sich zu 100 Gipfeln, sind ununterbrochen unausgeschlafen, was nicht anders sein kann, damit sie's auf den nächsten Gipfel verschieben.

Dass dadurch die Sache besser wird – und nur sich darauf zu verlassen – weil ich unlängst einmal gefragt wurde, ob ich glaube, dass der Euro Bestand haben werde und worauf ich das gründe. Sage ich: Da verlasse ich mich auf die Chinesen. Und das ist jetzt nicht einmal ein Witz. Weil die ein Interesse haben, weil sonst kaufen sie sich ja nicht portugiesische Staatsanleihen oder investieren in Griechenland und sagen: Sobald ihr gemeinsame Euro-Anleihen auflegts, kaufen wir natürlich, kaufen wir. Gut, bei der Liquidität, die sie liegen haben – das werden wahrscheinlich 2,7 Billionen sein, die die Bank of China hat – ist das fast aus der Portokasse. Und außerdem wollen sie diversifizieren und aus allen politischen Überlegungen – also das, was ich jetzt so salopp gesagt habe, ist nicht einmal als verspäteter Faschingsscherz zu werten, sondern das ist eine realistische Einschätzung. Nicht mehr nur eine Vermutung, sondern das ist schon ein Faktum.

Langer Rede, kurzer Sinn: Wenn Sie einen gemeinsamen Sarg – äh, einen gemeinsamen Markt wollten – sleep off the tank – dann brauchen Sie eine gemeinsame Währung. Wenn Sie eine gemeinsame Währung haben, dann brauchen Sie ein Mindestmaß an gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Also diese Illusion, dass das Eine gesamthaft gelöst wird und das Andere macht jeder nach Gutdünken, wie er will – dass das nicht funktionieren kann, ist ebenso klar wie dass die im Auge zu habenden Maastricht-Kriterien einfach zu mechanistisch und zu primitiv waren. Aber das war von allem Anfang an klar, das braucht man nicht jetzt hintennach gescheit festzustellen. Also die, die sich damit beschäftigt haben ein längeres Leben schon, war das schon in den 90er-Jahren klar, dass das so nicht funktioniert. Schon gar nicht, wenn's zum wirklichen Stresstest kommt. Und der kam, aus vielen Gründen. Und auch wenn er in den Vereinigten Staaten ausgelöst wurde, gekauft diese toxischen Papiere haben wir in Europa. Und dass man nicht gewusst hat, dass da Probleme entstehen in Island und Irland, weil das Sozialprodukt x ist und die Banken haben eine Bilanzsumme vom 8-, 9- oder noch mehr –Fachen des Sozialproduktes – also das kann einen in Wahrheit auch nicht überraschen. Und wenn Sie die Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich nachlesen aus Basel, dann steht das ja schon lang drinnen. Man wollte es einfach nicht hören. Man hat wirklich geglaubt, man hat ein Wundermittel erfunden. Wahrscheinlich war der Alan Greenspan – mit allem due respect war er überzeugt, dass er das gefunden hat. Und er räumt ja jetzt auch

fairerweise ein – muss man auch anerkennen – dass er sich geirrt hat. Nur hilft uns das nicht mehr weiter. Entschuldigung.

... die Abnahme der Zahl in Europa und die Zunahme der Bevölkerung beispielsweise auch in Afrika. Und ich frage Sie, wie sehen Sie die künftige Entwicklung? Augenblicklich sind wir ja noch auf dem Stande, dass wir uns bemühen, die Dämme aufrecht zu erhalten und das Überschwappen auch aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus zu verhindern. Teilen Sie meine Meinung, dass es auf Dauer nicht gelingt, sondern dass wir dann irgendwann einmal mit einer Riesenwelle überschwemmt werden mit den Leuten, die auf einen höheren Lebensstandard drängen?

Dr. Hannes Androsch: Da haben wir zwei Probleme. Das eine ist, dass wir unser Sozialsystem aufgebaut haben auf Grundlagen, die uns wegbrechen. Vor uns tickt immer lauter eine demografische Zeitbombe, und die explodiert, wenn die Babyboomer-Jahrgänge in Pension gehen und geburtenschwache Jahrgänge nachkommen. Dann zerfetzt es den Generationenvertrag einfach aus faktischen Gründen. Das ist die eine Seite.

Umso mehr trifft es zu, als in den letzten Jahrzehnten die Lebenserwartungen erfreulich beträchtlich zugenommen haben – und bei gesunden Konditionen vieler. Es gibt natürlich auch andere Probleme, siehe dann Pflegefinanzierung und zunehmende Demenz und alle diese Probleme, die sehr aufwändig sind. Aber dann können wir nicht früher in Pension gehen, wie wir das in Österreich in einer geradezu perversen Art tun. Wir haben zwar offiziell ein Pensionsantrittsalter von 65, aber das Durchschnittsalter ist 58. Also absurd. Aber woanders gibt's das auch. Einer unserer Europa-Abgeordneten ist kürzlich schwerst verletzt worden in Zell am See beim Schifahren, von einem – wie sich herausgestellt hat – englischen 53-jährigen Polizisten, der schon 18 Jahre in Pension ist, weil er einen Stress gehabt hat. Hoffentlich hat er noch immer einen (*unverständlich*) – ich will das nicht näher erörtern. Aber welchen Stress immer – und zum Spaß noch, das ist alles kurios – hat er bestritten, dass er das war, der den Unfall ausgelöst hat und hat als Beweis seinen Helm – und der Helm für sich alleine hätte ja nichts bewiesen, dass er's nicht war. Aber er hat eine Kamera im Helm – das machen die Vorläufer vorm FIS-Abfahrtslauf oder andere, die das professionell brauchen. Aus irgendeinem Jux hat der einen Helm gehabt mit einer Kamera, die Kamera hat das brav gefilmt. Und er hatte das als Beweis angeboten der Polizei oder den Justizbehörden, dass er es nicht war. Das Gegenteil ist herausgekommen, er ist rasch verurteilt worden zu einer Geldstrafe. Und was die Versicherung sich mit ihm noch ausmacht, ist eine andere Sache. Ich meine, das geht in die falsche Richtung. Das ist die eine Seite.

Wir werden aber – auch wenn wir eine vernünftige, faktische Anhebung des Pensionsantrittsalters durchführen, und das ist bei uns halt eben extrem niedrig – schon heute Migrationsarbeiter brauchen, wie wir das ja schon seit den 60er-Jahren tun. Machen wir uns doch nichts vor. Ein Teil des deutschen Wirtschaftswunders oder des europäischen oder mit Verzögerung des österreichischen ist ja nicht zuletzt darin begründet – werden wir nicht verzichten können.

Im Übrigen, die Angst, im Zuge der Osterweiterung vor ein paar Jahren, wo wir gesagt haben, die werden uns überschwemmen mit billigen Arbeitskräften – jetzt am 1. Mai wird's frei. Und wir werden sie nicht mehr bekommen. Das war aber im 90er-Jahr vorauszusehen. Das kann ich dokumentieren mit Kommentaren, weil die selber schon Mangel haben.

Also stellt sich nicht die Frage, ob wir sie bekommen, sondern wie viele unter welchen Umständen. Wenn Sie mir gesagt hätten in meiner Zeit als Finanzminister, wo wir das Problem gehabt haben mit den Grenzgängern von Salzburg und Oberösterreich nach Bayern und von Vorarlberg in die Schweiz, dass wir jetzt 140.000 deutscher Gastarbeiter – herzlich willkommen – bei uns haben. Im Gegenzug würde das heißen – 1:10 – 1,4 Millionen, das wären 40 Prozent unserer gesamten unselbstständig Erwerbstätigen, wenn das in gleicher Weise umgekehrt erfolgte. Da hätte ich Sie nicht ernst genommen. Aber das ist Faktum heute.

Also ich meine, da müssen wir in unserem eigenen Interesse offener werden und uns den Kopf zerbrechen, wie wir das machen. Ich habe das ja vorhin mit den ostanatolischen Oasen umschrieben.

Auf der anderen Seite – ich habe direkt oder indirekt drei Familien nach Österreich gebracht. Anfang der 90er-Jahre aus Bosnien eine junge Familie, drei Kinder. Dann später eine ungarische, auch drei Kinder. Alle – zehn – österreichische Staatsbürger, die Kinder können besser Deutsch als viele Bildungsferne, die schon Hunderte Jahre lang in Österreich leben. Und jetzt im zurückliegenden

Jahrzehnt eine kosovarische Familie, auf die das Gleiche zutrifft, da habe ich sieben Jahre mit allen Kenntnissen, wie man bürokratisch Slalom fährt, gebraucht, bis ich ihnen nur eine Aufenthaltsbewilligung verschaffen konnte. Und das ist die Voraussetzung, dass sie regulär arbeiten gehen können.

Also das meinte ich vorher in meinen Ausführungen. Wir haben schon eine Tendenz entwickelt der Re-Nationalisierung, des chauvinistischen Ressentiments, der Xenophobie – in der Meinung, dass wir dadurch den Rechtspopulismus bekämpfen. Und das ist eine Illusion.

Vielen Dank, Herr Vizekanzler Androsch, für Ihren ausholenden Vortrag. Die zentrale These – da möchte ich noch ein bisschen nachfragen. Sie haben Egon Bahr zitiert. Die ökonomische große Bedeutung und die politische Bedeutungslosigkeit. Und jetzt in diesem Zusammenhang eine Hauptfrage nach den politischen exekutiven Mechanismen und eine Unterfrage, eine Nebenfrage, nach der Bundeswehrreform, Reduzierung auf 180.000 Mann. Die erste Frage ist zu illustrieren damit, dass zum Beispiel Adenauer/Kohl immer gesagt haben, sie müssen die Tricolore dreimal grüßen. Das hat sich geändert unter Schröder und hat sich auch geändert unter Merkel. Und Merkel ist ja in gewisser Weise durch die anderen ökonomischen Vorstellungen von deutschen Ökonomen, denen sie eigentlich folgen möchte, unter Druck geraten und unter eine Art gemeinsamen Rat, gemeinsamen Beschluss unter Führung von Sarkozy. Also da läuft nicht mehr alles so einfach glatt. Und sie versucht das zu verkaufen, so gut es geht beim deutschen Parlament. Das ist die eine Frage: Wie sehen Sie das aus Ihrer Sicht? Man hat ja immer wieder Theorien gehabt, dass eine bestimmte Achse Berlin-Paris da etwas vorantreiben kann. Und wenn die nicht funktioniert, dann tut sich gar nichts. Zweite Frage: Man sagt, diese Reduzierung auf 180.000 Mann, das verkleinert die Bedeutung Deutschlands und macht es zu einem nicht mehr zuverlässigen Partner. Was würden Sie zu diesem Problem sagen?

Dr. Hannes Androsch: Also ich bin nicht wie mein Freund Helmut Schmidt ein Wehrexperte und war nie Verteidigungsminister, aber das ist nicht eine Frage der Quantität, sondern der Ausbildung und der Ausstattung und eines Dienstrechtes, das sicherstellt, dass die mit 45 einen zweiten Karriereweg gehen können. Wenn sie das nicht tun, dann haben Sie die österreichische Situation, wo wir 24.000 in der Verwaltung haben für 11.000 Wehrdiener, von denen 3.000 militärisch einsatzfähig sind. Das ist vielleicht dann doch ein parkinsonsches Missverhältnis. Im Vergleich dazu: Die Schweizer haben 8.000 in der Verwaltung. Also es ist nicht die Quantität, sondern es ist die Qualität. Und so sehr mir aus meiner Familiengeschichte ein Berufsheer zunächst einmal emotional zuwider ist, weil am 12. Februar '34 ein Berufsheer die Wohnung – ich war da noch nicht auf der Welt – meiner Eltern zerschossen hat, habe ich gewisse Ressentiments. Aber wenn ich's kognitiv angehe, dann ist das heute mit Wehrpflicht nicht mehr zu machen. Sie brauchen hochqualifizierte Leute, aber dann ist auch sicher, dass das nicht billiger ist. Weil sonst kriegen Sie das, was die Amerikaner haben und was ihnen (*unverständlich*) eingebrockt hat usw. Das müssen hochqualifizierte Leute sein, hochqualifiziert ausgebildet, weil sie mit hochtechnischem Material arbeiten müssen.

Beispiel: Ich habe heute mit einem Freund in Princeton – bevor wir herkamen – aus einem anderen Grund telefoniert. Also Flugverbotszone in Libyen. Ich kann das nicht nachprüfen, ob's so stimmt, aber wir haben nicht das Flugpersonal dafür. Wir haben nicht die Piloten. Das Gerät hätten wir ja, sagen die Amerikaner. Ob's die Europäer haben, ob's die Franzosen haben, das kann ich nicht beurteilen, bin kein Wehrexperte. Und das ist dann genau der Punkt. Vielleicht gibt's auch viele andere Gründe, ich erzähle es Ihnen so, wie ich's vor zweieinhalb Stunden erzählt bekommen habe. Also ich meine, das ist ganz einfach eine Notwendigkeit. Und Europa muss sich klar werden – das war ja auch angedacht, aber ist nicht umgesetzt worden – was ist eine für solche Zwecke einsatzfähige europäische – wie immer man sie nennen will – wie viele? Das müssen nicht eine Million – die Zeiten sind vorbei, wo wir uns vor der Roten Armee fürchten müssen, dass die da durch die Fulda-Furche angreift. Oder wir haben so Abwehrpläne gehabt, dass sie da aus Ungarn durch die Wachau durchziehen oder so ähnliche – ja, Spannocchi-Doktrin. Mit dem hab ich eh ein gutes Arrangement gehabt, da haben wir wenigstens keine Abfangjäger gekauft, diesen Blödsinn. Aber das ist ja eine andere Geschichte. Ich will Sie mit solchen Späßen da nicht langweilen.

Und das ist das, was aber in Europa fehlt. Und es ist nicht, weil wir zu wenig ausgeben. Wir geben gar nicht so wenig aus. Alle 27 Staaten, glaube ich, geben zwischen 300 und 400 Milliarden Euro aus. Wenn man denkt, das Pentagon-Budget ist 700 Milliarden. Naja, also. Und das ist global ausgerichtet. Am Geld würde es ja nicht fehlen. Relativ gesehen haben wir in Österreich zehnmal mehr Generäle

als Sie in Deutschland haben. Deswegen haben wir die Hackler-Regelung. Alles ein Witz. Nur sehr teuer und sehr ineffizient.

Meine erste Frage?

Dr. Hannes Androsch: Helfen Sie mir nach.

Verhältnis Frankreich-Deutschland.

Dr. Hannes Androsch: Das ist natürlich durch die Erweiterung komplexer geworden. Und auch durch die Wiedervereinigung. Lange Zeit brauchte Deutschland, um wieder zu sich finden zu können, einmal die Amerikaner, aber natürlich das Arrangement mit Frankreich. Diese Umstände sind nicht mehr im gleichen Umfang gegeben. Vielleicht hat man das im Elysée-Palast nicht ganz noch realisiert. Aber vielleicht hängt das damit zusammen, dass ein ungarischer Kleinadeliger – ist eh so gefährlich – vielleicht das nicht ganz so sieht. Kann ich nicht beurteilen. Vielleicht hat der andere Profilierungsprobleme, auch wenn er keine Dissertation geschrieben hat. Wie ich mich da in eure Sachen einmisch'.